

Von: [Mittag Susanne Mitarbeiter 07](#)
An: kontakt@rentenpolitikwatch.de
Thema: AW: RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort
Datum: Dienstag, 26. April 2016 14:55:19
Anlagen: [Antworten zum Thema Altersarmut.docx](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit übersende ich im Anhang die Antworten von Frau Susanne Mittag zu Ihren gestellten Fragen.

Vielen Dank und Freundliche Grüße,

Michaela Kurz

Praktikantin

Büro Susanne Mittag, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/ 227 78173
E-Mail: susanne.mittag.ma07@bundestag.de

Von: kontakt@rentenpolitikwatch.de [<mailto:kontakt@rentenpolitikwatch.de>]

Gesendet: Montag, 11. April 2016 12:12

An: Mittag Susanne <susanne.mittag@bundestag.de>

Betreff: RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort

Frau Susanne Mittag
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Betrifft: Bitte um Auskunft über Ihre rentenpolitischen Ziele

Sehr geehrte Frau Mittag,

Sie sind Abgeordnete des Bundestages bzw. kandidieren zur Bundestagswahl im Herbst 2017.

Ein immer dringender werdendes Problem, das bundespolitisch zu lösen ist, wird die Abwehr von millionenfacher Altersarmut bzw. die Verhinderung der Lebensstandardsenkung für alle heutigen und zukünftigen RentnerInnen sein. Diese Problematik betrifft weit über 90% der Bevölkerung in unserem Land. Es handelt sich also keinesfalls um ein Randproblem.

Um hier Transparenz über die Positionen der Abgeordneten bzw. KandidatInnen zum Bundestag herzustellen und den WählerInnen Entscheidungshilfe zu geben, richten wir die folgenden Fragen an Sie.

1. **Lebensstandard im Alter sichern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Antwort: Teilweise

Ich bin der Meinung, dass die Herausforderungen des demografischen Wandels für die Alterssicherung nur bewältigt werden können, wenn wir die Lasten gerecht zwischen den Generationen und verschiedenen Finanzierungsformen verteilen.

Das bedeutet, wir brauchen zum einen die Stärkung der ersten Säule, der umlagefinanzierten Rente und zum anderen eine möglichst flächendeckende kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge. Bezüglich des ersten Punktes gilt es die Rentenversicherung mit Hilfe zusätzlicher Steuermittel zu stabilisieren. Die betriebliche Altersvorsorge muss stärker durch die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften organisiert werden, wobei die Gruppe der Geringverdiener stärker mit einbezogen werden muss. Ein Rentenniveau wie vor 1990 werden wir allenfalls auf Basis dieser beiden genannten Säulen der Alterssicherung wieder erreichen können.

2. **Altersarmut verhindern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Antwort: Ja

Drohende oder bereits vorhandene Altersarmut hat verschieden Ursachen. Ein sinkendes Rentenniveau ist nur eine davon. Vor allem geht Altersarmut auf Erwerbsbiografien zurück, welche durch Phasen der Arbeitslosigkeit, Familienphasen, geringfügige Beschäftigung, langanhaltende oder gar dauerhafte Teilzeitbeschäftigung oder nicht abgesicherte Selbständige Tätigkeiten gekennzeichnet sind. Ein weiterer Aspekt ist das Armutsrisiko Niedriglohn. Das bedeutet, wir müssen an diesen genannten Stellen ansetzen, um Altersarmut zu verhindern. Dabei gilt in erster Linie der Zusammenhang Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente. Deshalb haben wir den gesetzlichen Mindestlohn eingeführt. Deshalb versuchen wir die Tarifbindung wieder zu stärken. Deshalb verbessern wir die Bedingungen für gleiche Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben. Deshalb stärken wir in dieser Legislaturperiode das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit – für Frauen und Männer ebenso wie in der Leiharbeit. Aber auch in der Rentenpolitik wurden und werden in dieser Legislaturperiode wichtige Schritte zur Bekämpfung von Altersarmut unternommen. Zu nennen wären hier Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, für die Stärkung von Prävention und Rehabilitation und für die im Koalitionsvertrag verabredete Einführung der solidarischen Lebensleistungsrente. Damit werden kleine Rentenanwartschaften durch Steuermittel aufgewertet.

3. **Erwerbstätigenversicherung:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Antwort: Ja

Als Sozialdemokratin setze ich mich für eine möglichst umfassende Einbeziehung aller Beschäftigten in die sozialen Sicherungssysteme – also auch in die Rentenversicherung – gemäß dem Konzept einer Erwerbstätigenversicherung ein. Dies kann aber nur schrittweise von statten gehen. Zum anderen hat die gesetzliche Rentenversicherung in der Vergangenheit bestimmte Gruppen von Selbständigen und Freiberuflern nicht einbezogen, weshalb sich in vielen Berufen berufsständische Versorgungswerke gegründet haben. Deswegen sollten wir den Fokus meiner Meinung nach in erster Linie auf die Einbeziehung von Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung richten, welche nicht in einem berufsbezogenen Versorgungswerk pflichtversichert sind.

Auch sollten neue Beamtenverhältnisse nur in Bereichen entstehen, in denen eine Notwendigkeit besteht: Justiz, Polizei, Justizvollzug. Lehrer / innen oder Professoren/innen müssen beispielsweise nicht unbedingt Beamte sein.

4. **Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken:** Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der gRV umgeleitet werden?

Antwort: Ja

Ich bin der Meinung, dass Versicherungsfremde Leistungen und gesamtgesellschaftliche Aufgaben konsequent und vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren sind. Hierbei sind wir in Regierungsverantwortung der SPD auch bereits grosse Schritte vorangekommen. Zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, die im Rahmen der deutschen Einheit entstanden sind, hat Rot-Grün Steuermittel aus der Ökosteuer bereitgestellt. Dennoch besteht hier weiterhin eine Finanzierungslücke, insbesondere für die Anerkennung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder (Mütterrente). Diese Lücke muss geschlossen werden. Dies ist auch eine Möglichkeit das Rentenversicherungssystem insgesamt zu stabilisieren. Trotzdem bedarf es auch weiterhin einer zweiten kapitalgedeckten Säule der Alterssicherung, für die auch eine Förderung vor allem für Geringverdiener erforderlich ist. Diese sollte stärker auf die betriebliche Altersversorgung ausgerichtet und zielgenauer ausgehalten werden.

5. **Rentenpolitische Fehler korrigieren:** Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Antwort: Teilweise

Es gilt rentenpolitische Entscheidungen der Vergangenheit auf den Prüfstand zu stellen. Denn es ist eine ständige Aufgabe der Politik unser System weiterzuentwickeln und anzupassen. Noch in dieser Legislaturperiode soll das Problem der Zwangsverrentung von Hartz-IV-Beziehern entschärft werden. Leistungen des SGB II bleiben zwar nachrangig, aber es darf zukünftig kein Rentenantrag durch das Jobcenter mehr stattfinden, wenn durch die Abschlüsse der Bezug von Altersgrundsicherung droht. Die SPD hat die Anpassung von Ost- und Westrenten in einem System in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Jetzt muss die versprochene Umsetzung auch kommen. Nachdem sich die Riesen-Rente in ihrer jetzigen Form nicht bewährt hat, ist neben der Stärkung der gesetzlichen Rente eine grundsätzliche Reform der kapitalgedeckten Alterssicherung von Nöten. Dabei setzt die SPD vor allem auf eine stärkere Verbreitung der arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersvorsorge – organisiert durch die Sozialpartner und mit einer besseren Förderung von Geringverdienern.